



Fraktionen SPD und Bündnis 90/Grüne  
in der Regionsversammlung Hannover

Herrn

Regionspräsident  
Steffen Krach

An die  
Vorsitzende der Regionsversammlung  
Frau Christina Schlicker

übrige Fraktionen **z.K.**

im Hause

Hannover, 14.07.2022

### **Antrag gemäß § 8 der Geschäftsordnung**

In die Sitzung des Ausschusses für innere Organisationsangelegenheiten,  
Finanzen und Gleichstellung am 15.09.2022  
In den Regionsausschusses am 20.09.2022  
In die Sitzung der Regionsversammlung am 27.09.2022

### **Konzept für Antidiskriminierungsstelle**

Die Verwaltung erarbeitet unter Beteiligung einschlägiger Organisationen und der lokalen Integrationsbeiräte ein Konzept für eine Antidiskriminierungsstelle innerhalb der Regionsverwaltung. Die Antidiskriminierungsstelle soll

- 1) Anlauf-, Beratungs- und Dokumentationsstelle für Menschen in der Region Hannover sein, die Rassismus und Diskriminierung erlebt haben,
- 2) einen horizontalen Ansatz verfolgen und somit Unterstützung anbieten unabhängig davon, aufgrund welches Merkmals Diskriminierung erfolgt ist (z.B. Alter, Geschlecht, Behinderung, sexuelle Orientierung, ethnische Herkunft, Religion/Weltanschauung),
- 3) Betroffene über ihre Rechte informieren und sie dazu befähigen, ihr grundsätzliches Recht auf Nichtdiskriminierung zu sichern,
- 4) Diskriminierung durch eine systematische Dokumentation und ein Monitoring umfassend sichtbar machen, sowie
- 5) Präventions- und Öffentlichkeitsarbeit leisten.
- 6) ein Netzwerk gegen Diskriminierung gemeinsam mit unterschiedlichen zivilgesellschaftlichen Akteuren aus der Region Hannover aufbauen. Auch eine intensive Zusammenarbeit mit der Antidiskriminierungsstelle der Landeshauptstadt Hannover, die in den letzten Jahren wichtige Expertise in der Antidiskriminierungsarbeit erworben hat, ist vorgesehen.

Die Antidiskriminierungsstelle soll unabhängig arbeiten und niedrigschwellig und barrierefrei erreichbar sein und auch aufsuchend arbeiten. Die Beratung soll nach den Prinzipien der Vertraulichkeit, Parteilichkeit und Anonymität erfolgen. Aus diesem Grund ist die multiprofessionelle Zusammensetzung des Teams der neu zu errichtenden Antidiskriminierungsstelle von großer Relevanz. Bei der Konzeption sind die Standards für eine qualifizierte Antidiskriminierungsarbeit des Antidiskriminierungsverbands Deutschland zu berücksichtigen.

Ebenso wird die Verwaltung gebeten, Vorschläge für die institutionelle Verankerung einer Antidiskriminierungsstelle in der Regionsverwaltung zu unterbreiten.

Begründung:

Die Gesellschaft der Region Hannover ist bunt und vielfältig und lebt von einem solidarischen Miteinander. Gleichwohl gehören Rassismus und Diskriminierung für viele Menschen in der Region Hannover zum Alltag. Bei der Antidiskriminierungsstelle des Bundes haben sich die Beratungsanfragen zum Merkmal „ethnische Herkunft/rassistische Diskriminierung“ von 2015 bis 2019 verdoppelt (545 Anfragen zu 1.176 Anfragen). Der Abbau von Diskriminierung ist daher zwingend notwendig, um gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Da Antidiskriminierungsarbeit bisher überwiegend von Nichtregierungsorganisationen und Beratungsstellen geleistet wird, die teilweise ehrenamtlich tätig sind und kein flächendeckendes Angebot vorhalten können, soll die Region Hannover bestehende Lücken schließen und die erforderliche Unterstützung für Opfer von Rassismus und Diskriminierung sicherstellen und gleichzeitig die Sichtbarkeit erhöhen.

Mit freundlichen Grüßen

Frank Straßburger

stellv. Fraktionsvorsitzender SPD

Sinja Münzberg oder Evrim Camuz

Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen